

Joussen/Mestwerdt/Nause/Spelge
MVG-EKD

MVG-EKD

Kirchengesetz über Mitarbeitendenvertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Wahlordnung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jacob Joussen

o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum,
Direktor des Instituts für Kirchliches Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Wilhelm Mestwerdt

Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen, Hannover, Vorsitzender Richter am
Kirchengerichtshof der EKD, Hannover, Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs,
Bückeburg

Prof. Dr. Helmut Nause

Honorarprofessor an der Leuphana Universität Lüneburg, Präsident des Kirchengerichtshofs
der EKD a.D., Hannover, Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamburg a.D., Ehrenpräsident
des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands e. V.

Karin Spelge

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

3. Auflage 2026



Zitiervorschlag:
JMNS/Dreher MVG-EKD § 1 Rn. 1
oder
Joussen/Mestwerdt/Nause/Spelge/Dreher MVG-EKD § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 83368 7

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlag: Ralph Zimmermann, Bureau Parapluie

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars

Daniel Dreher

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover

Carla Evers-Vosgerau

Direktorin des Arbeitsgerichts Flensburg,
Vorsitzende Richterin am Gemeinsamen Kirchengericht
für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke
Schleswig-Holstein und Hamburg a. D.

Dr. Esther Graf

Vorsitzende Richterin am Hessischen Landesarbeitsgericht

Dr. Jan Oliver Hochtritt

Direktor des Arbeitsgerichts Stade

Dr. Esko Horn

Präsident des Arbeitsgerichts Hamburg,
Vorsitzender Richter am Gemeinsamen Kirchengericht
für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke
Schleswig-Holstein und Hamburg a. D.

Prof. Dr. Jacob Jousen

o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum,
Direktor des Instituts für Kirchliches Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Wilhelm Mestwerdt

Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengerichtshof der EKD, Hannover,
Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Bückeburg

Prof. Dr. Helmut Nause

Honorarprofessor an der Leuphana Universität Lüneburg,
Präsident des Kirchengerichtshofs der EKD a. D., Hannover
Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamburg a. D.,
Ehrenpräsident des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands e. V.

Elke Neuendorf

Rechtsanwältin, Geschäftsführerin dia eV, Hannover,
stellvertretende Richterin am Kirchengerichtshof der EKD, Hannover

Karin Spelge

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars

Timm Ole Trapp
Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Gemeinsamen Kirchengericht
der Bremischen Evangelischen Kirche

Birgit Voßkühler
Präsidentin des Hamburgischen Verfassungsgerichts,
Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Hamburg,
Vorsitzende Richterin am Kirchengerichtshof der EKD

Dr. Donat Wege
Richter am Arbeitsgericht Oldenburg

Ralf Zimmermann
Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt,
Vorsitzender Richter am Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover

Vorwort

Das Mitarbeitendenvertretungsgesetz enthält das kircheneigene Betriebsverfassungsrecht, das sich die evangelischen Kirchen auf der Grundlage des verfassungsrechtlich gewährten Selbstbestimmungsrechts aus Art. 140 GG, 137 WRV gegeben haben. Die staatliche Rechtsordnung hat die Kirchen und ihre diakonischen Einrichtungen nicht zuletzt auf deren Bestreben hin aus dem Geltungsbereich des BetrVG herausgenommen. Das war verfassungsrechtlich nicht unumstritten, ist aber heute weitgehend als Konsequenz des Selbstbestimmungsrechts anerkannt. Die auf der Kirchenautonomie beruhende eigene Regelung im Bereich der Mitarbeitendenvertretungen hat insofern ihre Berechtigung und ist ein Rechtsgebiet, das täglich für alle Beschäftigten in evangelischen Einrichtungen zur Anwendung kommt.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die derzeit geltende Fassung des Gesetzes zum 1. Januar 2024 mit Zustimmung der Kirchenkonferenz aufgrund des Artikels 10 und des Artikels 10a der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen (ABl. EKD 1/2024 vom 20.1.2024). Nachfolgend ist es zum Gesetzesrecht auch der Landeskirchen sowie der Einrichtungen des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung und der gliedkirchlichen Diakonischen Werke geworden. Andere kirchliche und freikirchliche Einrichtungen wenden dieses Gesetz ebenfalls an. Damit ist es *das* evangelische Betriebsverfassungsrecht. Seit der Neufassung 2024 hat es mehrere Berichtigungen und Änderungen gegeben, am 15. Februar 2024 (ABl. EKD 2024 S. 39), am 8. März 2024 (ABl. EKD 2024 S. 43), am 15. März 2024 (ABl. EKD 2024 S. 44), am 13. November 2024 (ABl. EKD 2024 S. 157), am 20. Februar 2025 (ABl. EKD 2025 S. 43) sowie durch gesetzesvertretende Verordnung vom 12. Dezember 2025 (ABl. EKD 2025 S. 159). Durch die Änderung aufgrund des Beschlusses der Synode vom 13. November 2024 heißt das Gesetz nun Kirchengesetz über die Mitarbeitendenvertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG-EKD) und versucht damit gendergerecht zu formulieren.

Das Mitarbeitendenvertretungsrecht unterscheidet sich zum Teil deutlich von seinen säkularen Parallelnormierungen, sodass man für Fragen und Probleme nicht unbesehen auf die Kommentierungen zum BetrVG oder zu den Personalvertretungsgesetzen zurückgreifen kann, auch wenn sie stets eine Orientierung bieten. Und es muss sich Tag für Tag in den Einrichtungen vor Ort bewähren. Entstehende Fragen und Streitpunkte bedürfen zugleich immer wieder einer eigenen Klärung, die auch die kirchlichen Besonderheiten in den Blick nimmt.

Daher haben sich die vier Herausgeber dieses Werks mit ihren jeweiligen Perspektiven, der Wissenschaft sowie der staatlichen und kirchlichen Gerichtsbarkeit, entschieden, diesen Kommentar zu veröffentlichen und damit allen Interessierten aus Praxis und Wissenschaft eine Handreichung zur Bewältigung

Vorwort

konkreter Probleme zur Verfügung zu stellen. Durch das ausgewählte Team sind die Sichtweisen der Wissenschaft, der kirchlichen wie der weltlichen Arbeitsgerichtsbarkeit aus allen Instanzen sowie der anwaltlichen Praxis in diesen Kommentar eingeflossen – zum bestmöglichen Nutzen aller Ratsuchenden.

Für diese Neuauflage sind alle Kommentierungen gegenüber der Zweitaufgabe weiterentwickelt worden. Die seitdem ergangene Rechtsprechung wurde umfangreich berücksichtigt, zahlreiche Anregungen aus dem Kreis der Leserinnen und Leser konnten die Kommentatoren und Kommentatorinnen aufgreifen und das Werk so an die aktuelle Gesetzeslage und die Bedürfnisse der Praxis anpassen.

Für Rückmeldungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leserinnen und Leser sind wir unverändert sehr dankbar. Bitte mailen Sie diese direkt an jacob.joussen@rub.de.

Bochum, Hannover, Hamburg, Erfurt,
im April 2026

Prof. Dr. Jacob Joussen
Wilhelm Mestwerdt
Prof. Dr. Helmut Nause
Karin Spelge

Inhaltsübersicht

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Literaturverzeichnis	LIII

Kirchengesetz über Mitarbeitendenvertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Mitarbeitendenvertretungsgesetz – MVG-EKD)

Präambel (<i>Joussen</i>)	1
-----------------------------------	---

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Grundsatz (<i>Dreher</i>)	8
§ 2 Mitarbeitende (<i>Dreher</i>)	14
§ 3 Dienststellen (<i>Dreher</i>)	23
§ 4 Dienststellenleitungen (<i>Dreher</i>)	31

II. Abschnitt: Bildung und Zusammensetzung der Mitarbeitendenvertretung

§ 5 Mitarbeitendenvertretungen (<i>Graf</i>)	35
§ 6 Gesamtmitarbeitendenvertretungen (<i>Graf</i>)	43
§ 6a Verbundmitarbeitendenvertretung im Dienststellenverbund (<i>Graf</i>)	48
§ 7 Neubildung von Mitarbeitendenvertretungen (<i>Graf</i>)	52
§ 8 Zusammensetzung (<i>Graf</i>)	61

III. Abschnitt: Wahl der Mitarbeitendenvertretung

§ 9 Wahlberechtigung (<i>Mestwerdt</i>)	66
§ 10 Wählbarkeit (<i>Mestwerdt</i>)	72
§ 11 Wahlverfahren (<i>Hochtritt</i>)	76
§ 12 Wahlvorschläge (<i>Hochtritt</i>)	80
§ 13 Wahlschutz, Wahlkosten (<i>Hochtritt</i>)	81
§ 14 Anfechtung der Wahl (<i>Trapp</i>)	87

IV. Abschnitt: Amtszeit

§ 15 Amtszeit (<i>Wege</i>)	95
§ 16 Neu- und Nachwahl der Mitarbeitendenvertretung vor Ablauf der Amtszeit (<i>Wege</i>)	100

Inhaltsübersicht

§ 17	Ausschluss eines Mitgliedes oder Auflösung der Mitarbeitendenvertretung (<i>Wege</i>)	109
§ 18	Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft (<i>Wege</i>)	119

V. Abschnitt: Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitendenvertretung

§ 19	Ehrenamt, Behinderungs- und Begünstigungsverbot, Arbeitsbefreiung (<i>Voßkuhler</i>)	131
§ 20	Freistellung von der Arbeit (<i>Voßkuhler</i>)	158
§ 21	Abordnungs- und Versetzungsverbot, Kündigungsschutz (<i>Voßkuhler</i>)	165
§ 22	Schweigepflicht und Datenschutz (<i>Voßkuhler</i>)	177

VI. Abschnitt: Geschäftsführung

§ 23	Vorsitz (<i>Joussen</i>)	188
§ 23a	Ausschüsse (<i>Joussen</i>)	194
§ 24	Sitzungen (<i>Joussen</i>)	204
§ 25	Teilnahme an der Sitzung der Mitarbeitendenvertretung (<i>Joussen</i>)	211
§ 26	Beschlussfassung (<i>Joussen</i>)	214
§ 27	Sitzungsniederschrift (<i>Joussen</i>)	225
§ 28	Sprechstunden, Aufsuchen am Arbeitsplatz (<i>Joussen</i>)	229
§ 29	Geschäftsordnung (<i>Joussen</i>)	235
§ 30	Sachbedarf, Kosten der Geschäftsführung (<i>Joussen</i>)	238

VII. Abschnitt: Mitarbeitendenversammlung

§ 31	Mitarbeitendenversammlung (<i>Horn</i>)	267
§ 32	Aufgaben (<i>Horn</i>)	277

VIII. Abschnitt: Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeitendenvertretung

§ 33	Grundsätze für die Zusammenarbeit (<i>Nause</i>)	280
§ 34	Informationsrechte der Mitarbeitendenvertretung (<i>Nause</i>)	294
§ 35	Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitendenvertretung (<i>Nause</i>)	318
§ 36	Dienstvereinbarungen (<i>Spelge</i>)	337
§ 36a	Einigungsstellen (<i>Horn</i>)	371
§ 37	Verfahren der Beteiligung der Mitarbeitendenvertretung (<i>Mestwerdt</i>)	398
§ 38	Mitbestimmung (<i>Mestwerdt</i>)	400
§ 39	Fälle der Mitbestimmung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten (<i>Voßkuhler</i>)	431
§ 40	Fälle der Mitbestimmung in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten (<i>Nause</i>)	441
§ 41	Eingeschränkte Mitbestimmung (<i>Mestwerdt</i>)	489

§ 42	Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der privatrechtlich angestellten Mitarbeitenden (<i>Trapp</i>) ..	507
§ 43	Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Mitarbeitenden in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen (<i>Trapp</i>)	541
§ 44	Ausnahmen von der Beteiligung in Personalangelegenheiten (<i>Trapp</i>)	560
§ 45	Mitberatung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	563
§ 46	Fälle der Mitberatung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	576
§ 47	Initiativrecht der Mitarbeitendenvertretung (<i>Evers-Vosgerau</i>) ...	601
§ 48	Beschwerderecht der Mitarbeitendenvertretung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	613

IX. Abschnitt: Interessenvertretung besonderer Mitarbeitendengruppen

§ 49	Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden (<i>Neuendorf</i>)	619
§ 50	Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden (<i>Neuendorf</i>)	629
§ 51	Aufgaben der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden (<i>Neuendorf</i>)	634
§ 52	Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden (<i>Neuendorf</i>)	645
§ 52a	Gesamtschwerbehindertenvertretung (<i>Neuendorf</i>)	648
§ 53	Mitwirkung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und in Angelegenheiten weiterer Personengruppen (<i>Neuendorf</i>)	650

X. Abschnitt: Gesamtausschüsse der Mitarbeitendenvertretungen

§ 54	Bildung von Gesamtausschüssen (<i>Neuendorf</i>)	652
§ 55	Aufgaben des Gesamtausschusses (<i>Neuendorf</i>)	657
§ 55a	Ständige Konferenz, Bundeskonferenz, Gesamtausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Neuendorf</i>)	662
§ 55b	Aufgaben der Ständigen Konferenz und der Bundeskonferenz (<i>Neuendorf</i>)	664
§ 55c	Geschäftsführung (<i>Neuendorf</i>)	665
§ 55d	Weitere Regelungen (<i>Neuendorf</i>)	667

XI. Abschnitt: Kirchengerechtlicher Rechtsschutz

§ 56	Kirchengerechtlicher Rechtsschutz (<i>Zimmermann</i>)	669
§ 57	Bildung von Kirchengerichten (<i>Zimmermann</i>)	676
§ 57a	Zuständigkeitsbereich des Kirchengerichts der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Zimmermann</i>)	678
§ 58	Bildung und Zusammensetzung der Kammern (<i>Zimmermann</i>) ..	681
§ 59	Rechtsstellung der Mitglieder des Kirchengerichts (<i>Zimmermann</i>)	684

Inhaltsübersicht

§ 59a	Berufung der Richterinnen und Richter des Kirchengerichtshofes der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Zimmermann</i>)	687
§ 60	[Zuständigkeit der Kirchengerichte] (<i>Zimmermann</i>)	689
§ 61	Durchführung des kirchengerichtlichen Verfahrens in erster Instanz (<i>Zimmermann</i>)	713
§ 62	Verfahrensordnung (<i>Zimmermann</i>)	728
§ 63	Rechtsmittel (<i>Mestwerdt</i>)	732
§ 63a	Einhaltung auferlegter Verpflichtungen, Ordnungsgeld (<i>Mestwerdt</i>)	745

XII. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 64	Übernahmebestimmungen (<i>Mestwerdt</i>)	748
------	--	-----

Wahlordnung zum Kirchengesetz über Mitarbeitendenvertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland

§ 1	Durchführung der Wahl, Zusammensetzung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)	751
§ 2	Einleitung des Wahlverfahrens, Bildung und Abberufung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)	757
§ 3	Geschäftsführung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)	760
§ 4	Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren (<i>Hochtritt</i>)	764
§ 5	Wahltermin und Wahlausschreiben (<i>Hochtritt</i>)	767
§ 6	Wahlvorschläge (<i>Hochtritt</i>)	771
§ 7	Gesamtvorschlag und Stimmzettel (<i>Hochtritt</i>)	775
§ 8	Durchführung der Wahl (<i>Hochtritt</i>)	777
§ 9	Stimmabgabe durch Briefwahl (<i>Hochtritt</i>)	783
§ 10	Feststellung des Wahlergebnisses (<i>Hochtritt</i>)	788
§ 11	Bekanntgabe des Wahlergebnisses (<i>Hochtritt</i>)	791
§ 12	Vereinfachte Wahl (<i>Hochtritt</i>)	793
§ 13	Wahlunterlagen (<i>Hochtritt</i>)	799
§ 14	Wahl der Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden (<i>Hochtritt</i>)	800
§ 15	Wahl der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden (<i>Hochtritt</i>)	802
§ 16	Inkrafttreten, Außerkrafttreten (<i>Hochtritt</i>)	805

Anhang

Diakonie-Werkstättenmitwirkungsverordnung (DWMV)	807
--	-----

Stichwortverzeichnis	831
----------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Kirchengesetz über Mitarbeitendenvertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Mitarbeitendenvertretungsgesetz – MVG-EKD)

Präambel	1
I. Entwicklung des MVG-EKD	1
II. Zur Präambel	3
1. Der Verkündigungsauftrag im Dienst der Kirche (Präambel S. 1)	4
2. Die Dienstgemeinschaft im kirchlichen Arbeitsrecht (Präambel S. 2, 3)	4
3. Der zu enge Begriff in S. 3 der Präambel	6
4. Rechtliche Konsequenzen	6
 I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	
§ 1 Grundsatz	8
I. Pflicht zur Bildung von Mitarbeitervertretungen	8
II. Geltungsbereich	9
1. Dienststellen	9
2. Rechtlich selbstständige Einrichtungen der Diakonie	9
3. Überregional tätige Einrichtungen der Diakonie	10
4. Andere kirchliche Einrichtungen; Freikirchen	10
5. Zuordnungsgesetz der EKD	11
§ 2 Mitarbeitende	14
I. Mitarbeiterbegriff	15
1. Arbeitsverhältnis	15
a) Begriff des Arbeitsverhältnisses	15
b) Geringfügig, befristet oder unstetig Beschäftigte	16
c) Praktikanten, Werkstudenten, studentische Hilfskräfte ...	17
d) Im Ausland tätige Mitarbeiter	17
2. Zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	17
3. Beamtenverhältnis	18
II. Pfarramtlicher Dienst; Lehre	18
III. Gestellungsverträge	19
IV. Beschäftigte ohne Mitarbeiterstatus	20
1. Beschäftigung zur Heilung, Wiedereingewöhnung, zur beruflichen oder sozialen Rehabilitation oder zur Erziehung	20
2. Honorarkräfte; freie Mitarbeiter	22
3. Arbeitnehmer anderer Unternehmen	22
4. Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr; Bundesfreiwilligendienst	23
5. Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II	23

§ 3 Dienststellen	23
I. Begriff der Dienststelle	24
1. Rechtlich selbstständige organisatorische Einheit	24
2. Wahrnehmung eines Auftrags der Kirche	25
II. Selbstständige Dienststellenteile	26
1. Organisatorisch eigenständige Einheiten	26
2. Räumlich weit entfernte Teile	27
3. Zuständigkeit der Dienststellenleitung	27
III. Verfahren	28
1. Beschluss der Wahlberechtigten	28
2. Herstellung des Einvernehmens mit der Dienststellenleitung	28
3. Wirkung des Verselbstständigungsbeschlusses	29
4. Widerruf der Verselbstständigung	29
a) Widerruf durch die Dienststellenleitung	29
b) Widerruf durch die Mitarbeiter	30
c) Wirkung des Widerrufs	30
IV. Bildung von Teildienststellen durch Dienstvereinbarung	30
V. Streitigkeiten	31
§ 4 Dienststellenleitungen	31
I. Begriff der Dienststellenleitung	31
1. Leitende Organe oder Personen	32
2. Mit der Geschäftsführung Beauftragte	32
II. Pflicht zur Benennung gegenüber MAV	34
III. Streitigkeiten	34
 II. Abschnitt: Bildung und Zusammensetzung der Mitarbeitendenvertretung	
§ 5 Mitarbeitendenvertretungen	35
I. Zweck	36
II. Bildung einer Mitarbeitendenvertretung	36
1. Dienststelle	36
2. Aktiv und passiv wahlberechtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	37
3. Regelzahl der wahlberechtigten Beschäftigten	37
III. Bildung einer Gruppen-Mitarbeitendenvertretung	38
IV. Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitendenvertretung	39
1. Einvernehmliche Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitendenvertretung	39
a) Voraussetzungen der Wahlgemeinschaft	39
aa) Benachbarte Dienststellen	39
bb) Zustimmung der Mitarbeitenden	40
cc) Zustimmung der Dienststellenleitungen	41
dd) Größe der Wahlgemeinschaft	41
b) Dauer der Wahlgemeinschaft	42

c) Zuständigkeit der Gemeinsamen Mitarbeitendenvertretung	42
d) Kosten der Gemeinsamen Mitarbeitendenvertretung	42
2. Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitendenvertretung durch gliedkirchliches Recht	42
V. Streitigkeiten	43
§ 6 Gesamtmitarbeitendenvertretungen	43
I. Zweck	44
II. Bildung einer Gesamtmitarbeitendenvertretung	44
1. Dienststelle mit mehreren Mitarbeitendenvertretungen	44
2. Antrag der Mehrheit der Mitarbeitendenvertretungen	45
III. Zuständigkeit der Gesamtmitarbeitendenvertretung	45
IV. Regelungen der Gesamtmitarbeitendenvertretung	46
V. Zusammensetzung und Amtszeit der Gesamtmitarbeitendenvertretung	47
VI. Streitigkeiten	48
§ 6a Verbundmitarbeitendenvertretung im Dienststellenverbund	48
I. Zweck	49
II. Bildung einer Verbundmitarbeitendenvertretung im Dienststellenverbund	49
1. Dienststellenverbund	49
2. Antrag der Mehrheit der Mitarbeitendenvertretungen	50
3. Amtszeit	50
III. Zuständigkeit der Verbundmitarbeitendenvertretung	50
IV. Regelungen der Verbundmitarbeitendenvertretung	51
V. Zusammensetzung der Verbundmitarbeitendenvertretung	51
VI. Streitigkeiten	52
§ 7 Neubildung von Mitarbeitendenvertretungen	52
I. Zweck	53
II. Bildung einer Mitarbeitendenvertretung	53
1. Initiativpflicht zur Bildung einer Mitarbeitendenvertretung ..	54
a) Erstmalige Initiative	54
b) Wiederholte Initiative	54
2. Initiativrecht zur Bildung einer Mitarbeitendenvertretung	55
a) Inhalt des Initiativrechts	55
b) Form	55
c) Frist	55
3. Verstöße gegen § 7 Abs. 1	56
III. Übergangsmandat	56
1. Voraussetzungen des Übergangsmandats	57
a) Spaltung	57
b) Zusammenlegung	57
c) Erforderlichkeit der Neubildung einer Mitarbeitendenvertretung	58

2. Inhalt des Übergangsmandats	58
3. Dauer des Übergangsmandats	59
IV. Restmandat	59
1. Voraussetzungen des Restmandats	60
2. Inhalt des Restmandats	60
3. Dauer des Restmandats	60
V. Streitigkeiten	60
§ 8 Zusammensetzung	61
I. Zweck	61
II. Mitgliederzahl der Mitarbeitendenvertretung	62
III. Mangel an Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern	62
IV. Veränderungen in der Zahl der Wahlberechtigten	63
V. Gemeinsame Mitarbeitendenvertretung	63
VI. Streitigkeiten	64

III. Abschnitt: Wahl der Mitarbeitendenvertretung

§ 9 Wahlberechtigung	66
I. Allgemeines	66
II. Voraussetzungen der Wahlberechtigung (§ 9 Abs. 1)	67
1. Grundsätze	67
2. Leiharbeitnehmer	67
3. Gestellungsverträge allgemein	68
4. Gestellung als Diakonieschwester	68
III. Abordnung und Zuweisung (§ 9 Abs. 2)	69
IV. Nicht wahlberechtigte Mitarbeitende (§ 9 Abs. 3 S. 1)	70
1. Gekündigte Mitarbeitende	70
2. Altersteilzeit	70
3. Beurlaubung und Elternzeit	70
4. Beschäftigungsverbote	71
5. Erkrankung	71
6. Kurzarbeit	71
V. Mitglieder der Dienststellenleitung	71
VI. Streitigkeiten	71
§ 10 Wählbarkeit	72
I. Allgemeines	72
II. Voraussetzungen der Wählbarkeit	73
1. Wahlberechtigung	73
2. Wartefrist	73
3. Zugehörigkeit zur Dienststelle	73
a) Altersteilzeit und Abordnung	73
b) Gekündigtes Arbeitsverhältnis	74
4. Mitgliedschaft in einer ACK-Kirche	74
a) Rechtsentwicklung	74
5. Neugründung einer Dienststelle	74
III. Einschränkungen der Wählbarkeit (§ 10 Abs. 2)	75

1. Gerichtliche Entscheidung	75
2. Beurlaubung	75
3. Berufsausbildung	75
4. Mitglied in Leitungsorgan	76
IV. Streitigkeiten	76
§ 11 Wahlverfahren	76
I. Allgemeine Grundsätze der Wahl	77
1. Gleiche Wahl	77
2. Freie Wahl	77
3. Geheime Wahl	77
4. Unmittelbare Wahl	78
5. Gemeinsame Wahl	78
6. Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl)	78
II. Wahlvorschläge	79
III. Wahlverfahren	79
1. Vereinfachtes Wahlverfahren	79
2. Vereinfachtes Wahlverfahren im Bedarfsfall	80
IV. Rechtsverordnung	80
§ 12 Wahlvorschläge	80
I. Soll-Vorschrift	81
II. Berufsgruppen und Arbeitsbereiche	81
§ 13 Wahlschutz, Wahlkosten	81
I. Behinderung oder Beeinflussung der Wahl	82
1. Grundsätze	82
2. Aktives und passives Wahlrecht	82
II. Schutz des Wahlvorstandes und der sich zur Wahl stellenden Personen vor Versetzung, Zuweisung oder Abordnung	83
III. Kündigungsschutz für Wahlvorstand und sich zur Wahl stellen- den Personen	83
1. Dauer	83
2. Zustimmung der amtierenden MAV	84
3. Ersatzmitglieder des Wahlvorstandes	85
4. Bewerber zum Wahlvorstand und Wahlhelfer	85
IV. Kosten	85
V. Schulungsanspruch	86
1. Erforderlich	86
2. Dauer	87
§ 14 Anfechtung der Wahl	87
I. Verfahren der Wahlanfechtung	88
1. Form des Antrags	88
2. Anfechtungsfrist	88
3. Inhalt des Anfechtungsschriftsatzes	89
4. Anfechtungsberechtigte	90
5. Antragsgegner	90

II. Anfechtungsgründe	91
1. Verstoß gegen wesentliche Bestimmungen über die Wahlberechtigung, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren	91
2. Weitere Beispiele	92
III. Entscheidung über die Anfechtung	92
IV. Nichtigkeit der Wahl	93
V. Kosten	94

IV. Abschnitt: Amtszeit

§ 15 Amtszeit	95
I. Überblick	95
II. (Regelmäßige) Amtszeit und regelmäßige Wahlen der Mitarbeitendenvertretung (§ 15 Abs. 1 und 2)	96
III. Wahlen außerhalb der allgemeinen Wahlzeit (§ 15 Abs. 3 und 4)	97
§ 16 Neu- und Nachwahl der Mitarbeitendenvertretung vor Ablauf der Amtszeit	100
I. Überblick	101
II. Neuwahl im Falle des Rücktritts und der Auflösung der MAV (§ 16 Abs. 1 und 2)	101
1. Rücktritt (§ 16 Abs. 1 lit. b)	102
2. Auflösung (§ 16 Abs. 1 lit. c)	103
3. Neuwahl (§ 16 Abs. 2 S. 1)	103
4. Fortführung der Amtsgeschäfte (§ 16 Abs. 2 S. 2)	104
III. Nachwahl, wenn die Zahl der Mitglieder der MAV erheblich gesunken ist (§ 16 Abs. 3)	106
1. Geringe Mitgliederzahl der MAV (§ 16 Abs. 3 S. 1)	106
2. Nachwahl (§ 16 Abs. 3 S. 2)	107
3. Neuwahl (§ 16 Abs. 3 S. 3)	108
§ 17 Ausschluss eines Mitgliedes oder Auflösung der Mitarbeitendenvertretung	109
I. Überblick	110
II. Antrag	111
1. Antragsberechtigung	111
a) Mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten	111
b) Mitarbeitendenvertretung	112
c) Dienststellenleitung	112
2. Form des Antrags	112
3. Antragsfrist	113
4. Verbindung mit anderen Anträgen	113
III. Ausschluss eines Mitglieds der MAV	113
1. Mitglied der MAV	113
2. Grober Missbrauch von Befugnissen	114
3. Grobe Verletzung von Pflichten, die sich aus diesem Kirchengesetz ergeben	114

4. Einzelfälle	116
5. Rechtsfolgen	117
IV. Auflösung der MAV	118
1. Missbrauch von Befugnissen und grobe Verletzungen von Pflichten, die sich aus diesem Kirchengesetz ergeben	118
2. Einzelfälle	119
3. Rechtsfolge	119
§ 18 Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft ..	119
I. Überblick	121
II. Erlöschen der Mitgliedschaft in der MAV (§ 18 Abs. 1)	121
1. Ablauf der Amtszeit (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. a)	122
2. Niederlegung des Amtes (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. b)	122
3. Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. c)	123
4. Ausscheiden aus der Dienststelle (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. d und S. 2)	124
5. Verlust der Wählbarkeit (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. e)	125
6. Ausschluss aus der MAV und Auflösung der MAV nach § 17 (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. f)	127
III. Ruhen der Mitgliedschaft in der MAV (§ 18 Abs. 2)	127
1. Untersagung der Wahrnehmung der dienstlichen Aufgaben (§ 18 Abs. 2 lit. a)	127
2. Verhinderung für länger als drei Monate (§ 18 Abs. 2 lit. b) .	127
3. Beurlaubung für länger als drei Monate oder Freistellung (§ 18 Abs. 2 lit. c)	128
IV. Nachrücken von Ersatzmitgliedern (§ 18 Abs. 3 und 4)	129
V. Pflicht zur Aushändigung von Unterlagen (§ 18 Abs. 5)	130

V. Abschnitt: Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitendenvertretung

§ 19 Ehrenamt, Behinderungs- und Begünstigungsverbot, Arbeitsbefreiung	131
I. Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitendenvertretung	132
1. Ehrenamt	132
2. Verbot der Behinderung	133
3. Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	134
4. Sicherung der beruflichen Entwicklung	136
II. Tätigkeiten für die Mitarbeitendenvertretung während der per- sönlichen Arbeitszeit	138
1. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung nach § 19 Abs. 2	138
a) Erforderliche Wahrnehmung von Aufgaben der Mitarbei- tendenvertretung	139
aa) Ab- und Anmeldepflicht	139
bb) Wahrnehmung von Aufgaben der Mitarbeitenden- vertretung	140
cc) Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung	141

b) Wahrnehmung der Tätigkeiten durch freigestellte Mitglieder der der Mitarbeitendenvertretung nicht möglich	142
2. Rechtsfolgen	142
a) Arbeitsbefreiung	142
b) Fortzahlung der Vergütung	143
III. Mitarbeitendenvertretungstätigkeiten außerhalb der persönlichen Arbeitszeit	144
1. Dienstliche Gründe	145
2. Freizeitausgleich unter Fortzahlung der Vergütung	146
IV. Schulung der Mitglieder der Mitarbeitendenvertretung	147
1. Tagungen und Lehrgänge iSd § 19 Abs. 3 S. 1	147
a) Vermittlung erforderlicher Kenntnisse für die Tätigkeit in der Mitarbeitendenvertretung	148
b) Beispiele für erforderliche Tagungen und Lehrgänge iSd § 19 Abs. 3	150
c) Träger und Methodik der Schulung	151
2. Auswahl der Teilnehmer, Abschluss einer Dienstvereinbarung	152
3. Freistellungsanspruch	153
a) Verfahren zur Freistellung wegen Schulungsteilnahme	153
b) Umfang der Arbeitsbefreiung des jeweiligen Mitarbeitendenvertretungsmitglieds	156
4. Anspruch des Mitarbeitendenvertretungsmitglieds auf Fortzahlung der Vergütung	157
5. Anspruch der Mitarbeitendenvertretung auf Übernahme der Schulungskosten	157
§ 20 Freistellung von der Arbeit	158
I. Freistellung aufgrund einer Dienstvereinbarung	159
II. Regelfreistellungen nach § 20 Abs. 2	160
1. Anspruch auf Regelfreistellungen	160
2. Grundsatz der hälftigen Freistellung	160
a) Ermittlung der Zahl der Freizustellenden nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	160
b) Umsetzung des Freistellungsanspruchs nach § 20 Abs. 2 ..	161
III. Auswahl der freizustellenden Mitarbeitendenvertretungsmitglieder	163
IV. Rechtsfolgen der Freistellung	164
§ 21 Abordnungs- und Versetzungsverbot, Kündigungsschutz	165
I. Schutzzweck der Norm und erfasster Personenkreis	166
II. Abordnungs- und Versetzungsverbot	167
1. Abordnung und Versetzung: Begriffe	167
2. Zustimmung des betroffenen Mitarbeitendenvertretungsmitglieds	168
3. Abordnung oder Versetzung ohne Zustimmung des Mitglieds	168
a) Vorliegen wichtiger dienstlicher Gründe	168
b) Beteiligung der Mitarbeitendenvertretung	169

III. Sonderkündigungsschutz	170
1. Kündigungsschutz für Mitarbeitendenvertretungsmitglieder nach § 21 Abs. 2 S. 1 und 2	170
2. Nachwirkender Kündigungsschutz für Mitarbeitendenvertre- tungsmitglieder nach § 21 Abs. 2 S. 3	171
3. Kündigung eines Mitarbeitendenvertretungsmitglieds bei (teilweiser) Auflösung der Dienststelle nach § 21 Abs. 3	172
a) Auflösung der Dienststelle oder eines wesentlichen Teils ..	172
b) Kündigung eines Mitarbeitendenvertretungsmitglieds	173
4. Beteiligung der Mitarbeitendenvertretung bei beabsichtigter Kündigung	174
§ 22 Schweigepflicht und Datenschutz	177
I. Mitarbeitendenvertretungsrechtliche Schweigepflicht	178
1. Zur Verschwiegenheit verpflichteter Personenkreis	179
2. Gegenstand und Umfang der Schweigepflicht	179
a) Angelegenheiten und Tatsachen, auf die sich Schweige- pflicht bezieht	180
b) Ausnahmen bei fehlender Geheimhaltungsbedürftigkeit ..	180
c) Ausnahmen im mitarbeitendenvertretungsrechtlichen Verkehr	181
d) Ausnahmen gegenüber der betroffenen Mitarbeiterin bzw. dem betroffenen Mitarbeiter	181
e) Aussagen vor Gericht	182
3. Rechtsfolgen bei Schweigepflichtsverletzungen	182
II. Mitarbeitendenvertretung und Datenschutz	183
1. Mitarbeitendenvertretung und datenschutzrechtliche Verant- wortlichkeit	184
2. Datenschutzrechtliche Pflichten der Mitarbeitendenvertre- tung	186
 VI. Abschnitt: Geschäftsführung 	
§ 23 Vorsitz	188
I. Grundlegendes	188
II. Die Wahl des vorsitzenden Mitglieds (§ 23 Abs. 1 S. 1)	188
III. Die Rechtsstellung des vorsitzenden Mitglieds (§ 23 Abs. 1 S. 2). 1. Geschäftsführung	190
2. Vertretung	191
IV. Die Stellvertretung im Vorsitz bei Mehrpersonenmitarbeitenden- vertretungen (§ 23 Abs. 1 S. 3 und 4)	192
V. Die Stellvertretung im Vorsitz bei Einpersonenmitarbeitenden- vertretungen (§ 23 Abs. 2)	193
§ 23a Ausschüsse	194
I. Grundlegendes	195
II. Ausschüsse (§ 23a Abs. 1)	195

1. Bildung von Ausschüssen (§ 23a Abs. 1 S. 1 Var. 1)	195
2. Mögliche Aufgaben	197
3. Insbesondere: Übertragung von Aufgaben zur selbstständigen Erledigung (§ 23a Abs. 1 S. 1 Var. 2, S. 2)	198
4. Information der Dienststellenleitung (§ 23a Abs. 1 S. 3)	199
III. Ausschuss für Wirtschaftsfragen (§ 23a Abs. 2)	200
1. Zielsetzung	200
2. Bildung (§ 23a Abs. 2 S. 1)	200
3. Aufgaben und Funktionsweise (§ 23a Abs. 2 S. 2–6)	201
4. Sachverständige (§ 23a Abs. 2 S. 7–8)	204
§ 24 Sitzungen	204
I. Grundlegendes	205
II. Konstituierende Sitzung (§ 24 Abs. 1)	205
III. Weitere Sitzungen (§ 24 Abs. 2)	206
IV. Antrag der Einberufung weiterer Sitzungen (§ 24 Abs. 3)	208
V. Sitzungszeitpunkt, Öffentlichkeit (§ 24 Abs. 4)	209
§ 25 Teilnahme an der Sitzung der Mitarbeitendenvertretung	211
I. Grundlegendes	211
II. Teilnahmerecht der Dienststellenleitung (§ 25 Abs. 1)	211
III. Teilnahmerecht eingeladener sachkundiger Personen (§ 25 Abs. 2)	213
IV. Schweigepflicht (§ 25 Abs. 3 iVm § 22)	213
§ 26 Beschlussfassung	214
I. Grundlegendes	215
II. Beschlussfähigkeit (§ 26 Abs. 1)	215
III. Grundregel zur Mehrheitsfeststellung (§ 26 Abs. 2 S. 1 und 2) ..	217
IV. Umlaufverfahren (§ 26 Abs. 2 S. 3 und 4)	218
V. Die Möglichkeit digitaler Sitzungen (§ 26 Abs. 2 S. 5–10)	219
VI. Befangenheit (§ 26 Abs. 3)	222
VII. Nichtöffentlichkeit der Beschlussfassung (§ 26 Abs. 4)	224
§ 27 Sitzungsniederschrift	225
I. Grundlegendes	225
II. Funktion, Inhalt und Form der Sitzungsniederschrift (§ 27 Abs. 1)	225
III. Information des Arbeitgebers in bestimmten Fällen (§ 27 Abs. 2)	228
§ 28 Sprechstunden, Aufsuchen am Arbeitsplatz	229
I. Grundlegendes	229
II. Sprechstunden (§ 28 Abs. 1)	230
III. Aufsuchen am Arbeitsplatz (§ 28 Abs. 2)	233
IV. Keine Bezugeminderung (§ 28 Abs. 3)	235
§ 29 Geschäftsordnung	235
I. Grundlegendes	235
II. Inhalt, Form	236
III. Erlass und Wirkung	237

§ 30 Sachbedarf, Kosten der Geschäftsführung	238
I. Grundlegendes	239
II. Allgemeines zur Kostentragungspflicht	239
III. Anspruch auf Sachmittel (§ 30 Abs. 1)	240
1. Zur Erfüllung der Aufgaben	240
2. Zur Verfügung stellen	241
3. Räume	241
4. Sachliche Mittel	243
IV. Kostenerstattungsanspruch der Mitarbeitendenvertretung (§ 30 Abs. 2)	253
1. Aufwendungen und Modalitäten der Kostentragung	254
2. Schulungen	257
3. Prozesskosten	259
4. § 30 Abs. 2 S. 2 für sachkundige Personen, insbesondere Anwälte	260
V. Kostentragung bei Gemeinsamen Mitarbeitendenvertretungen (§ 30 Abs. 3)	264
VI. Kostenerstattung bei Reisekosten (§ 30 Abs. 4)	264
VII. Umlageverbot (§ 30 Abs. 5)	266

VII. Abschnitt: Mitarbeitendenversammlung

§ 31 Mitarbeitendenversammlung	267
I. Allgemeines/Bedeutung der Mitarbeitendenversammlung	268
1. Zweck	268
2. Inhalte	269
3. Abgrenzung zu anderen Zusammenkünften	269
II. Arten der Mitarbeitendenversammlung	269
1. Ordentliche Versammlung	269
2. Außerordentliche Versammlung	270
3. Teilversammlungen	270
III. Zusammensetzung der Mitarbeitendenversammlung	271
1. Teilnahmeberechtigte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	271
2. Teilnahme der Dienststellenleitung	271
3. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit	272
a) Teilnahmeberechtigung	272
b) Geheimhaltung der Inhalte	272
aa) Grundsatz	272
bb) Ausnahme	273
c) Aufnahme durch Ton-/Bildträger	273
IV. Einberufung der Mitarbeitendenversammlung	273
1. Zuständigkeit, Inhalt, Form der Einladung	273
2. Zeit, Ort	274
V. Leitung der Mitarbeitendenversammlung	274
VI. Inhalt der Mitarbeitendenversammlung	274
1. Tätigkeitsbericht	274
2. Information der Dienststellenleitung	275

VII. Beschlüsse der Mitarbeitendenversammlung	275
VIII. Sachkundige Personen	276
IX. Mitarbeitendenversammlung und Arbeitszeit	276
X. Kosten der Mitarbeitendenversammlung	277
§ 32 Aufgaben	277
I. Entgegennahme des Tätigkeitsberichts	277
II. Erörterung der Angelegenheiten der Mitarbeitendenvertretung ..	278
III. Antragstellung gegenüber der Mitarbeitendenvertretung	278
1. Beschlussfassung	278
2. Bindungswirkung	279
IV. Stellungnahme gegenüber Beschlüssen der Mitarbeitendenver-	
tretung	279
 VIII. Abschnitt: Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeitendenvertretung	
§ 33 Grundsätze für die Zusammenarbeit	280
I. Zweck der Regelung	281
II. Die Regelungen im Einzelnen	282
1. Zielrichtung	282
a) Vertrauensvolle Zusammenarbeit	282
b) Gleichwertigkeit beider Seiten	282
c) Informationspflicht	283
d) Gemeinsamer Schutzauftrag	283
e) Fazit	287
2. Besprechungen	287
a) Häufigkeit	288
b) Gleichstellung und Gemeinschaft	289
3. Umgang mit Auseinandersetzungen	290
§ 34 Informationsrechte der Mitarbeitendenvertretung	294
I. Zweck der Vorschrift	296
II. Die Regelungen im Einzelnen	297
1. Unterrichtungspflicht	297
a) Adressat der Pflicht	297
b) Zur Durchführung der Aufgaben	297
c) Rechtzeitig	299
d) Umfassend	299
e) Vorbereitung von Entscheidungen	300
2. Beteiligung an Ausschüssen und Kommissionen	301
3. Personalplanung	302
4. Wirtschaftliche Angelegenheiten	305
a) Grundsätze	305
b) Wirtschaftliche Lage	306
c) Geplante Investitionen	307
d) Rationalisierung	308
e) Einschränkung oder Stilllegung	308

f) Wesentliche Änderungen der Organisation oder des Zwecks der Dienststelle	309
g) Übernahme der Dienststelle oder Einrichtung durch Dritte, wenn hiermit der Erwerb der Kontrolle verbunden ist ..	309
h) Aufstellung oder Änderung des Stellenplanentwurfs	310
5. Zurverfügungstellung von Unterlagen	311
a) Allgemeines	311
b) Unterlagen von Bewerberinnen und Bewerbern	313
c) Dienstvereinbarung über Bewerbungen	314
d) Sonstige personelle Maßnahmen	314
e) Information über externe Beschäftigte	315
6. Einsichtsrecht in Personalakten und Beurteilungen	316
§ 35 Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitendenvertretung	318
I. Allgemeines	319
II. § 35 Abs. 1	320
1. Verpflichtung der Mitarbeitendenvertretung	320
2. Förderung der Belange der Beschäftigten	320
3. Pflichten gegenüber Dienststelle und Kirche	321
III. § 35 Abs. 2	322
IV. § 35 Abs. 3	324
1. Betonung von Aufgaben	324
2. Anregen von Maßnahmen	325
a) Alternative Voraussetzungen	325
b) Anregungen	325
c) Formfreiheit	325
d) Beschluss der Mitarbeitendenvertretung	325
e) Befassung der Dienststellenleitung	326
3. Einhalten von Bestimmungen	326
4. Umgang mit Eingaben von Beschäftigten	328
5. Förderung Schutzbedürftiger	329
6. Gleichstellung und Gemeinschaft	331
7. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	332
8. Überwachung der Entgeltgleichheit	332
9. Förderung der Integration	332
10. Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz	333
11. Aufgaben aus staatlichem Recht	334
V. Anhörungsrecht von Beschwerdeführenden	335
VI. Personalgespräche	335
§ 36 Dienstvereinbarungen	337
I. Einleitung	338
II. Dienstvereinbarungen	339
1. Rechtscharakter	339
2. Wirkung der Dienstvereinbarung im Arbeitsverhältnis	340
a) Einwirkung kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen auf das Arbeitsverhältnis	340

b) Einwirkung von Dienstvereinbarungen auf das kirchliche Arbeitsverhältnis und praktische Bedeutung dieser Frage .	340
c) Keine normative Außenwirkung von Dienstvereinbarungen im weltlichen Rechtskreis	341
d) Arbeitsvertrag als „Brücke“ für die Geltung von Dienstvereinbarungen im kirchlichen Arbeitsverhältnis	343
aa) Ausdrückliche Bezugnahme auf Dienstvereinbarungen	344
bb) Konkludente Inbezugnahme von Dienstvereinbarungen durch Kettenverweisung	344
cc) Reichweite der Kettenverweisung	346
3. Zustandekommen der Dienstvereinbarung	347
a) Angebot und Annahme	347
b) Zuständigkeiten	348
c) Schriftformerfordernis	349
aa) Zweck und Reichweite	349
bb) Bezugnahmen	349
cc) Unterschriftserfordernis	350
dd) Elektronische Form und Textform	351
d) Bekanntgabe	351
4. Geltungsbereich	353
a) Räumlich	353
b) Persönlich	353
c) Zeitlich	353
aa) Tatsächliche Grenze: Unmöglichkeit	354
bb) Rechtliche Grenze: Vertrauensschutz bei rückwirkenden Dienstvereinbarungen	354
cc) Unzulässige Rückwirkung	355
dd) Zulässige Rückwirkung	356
III. Zulässiger Regelungsinhalt von Dienstvereinbarungen	356
1. Dienstvereinbarungs-Autonomie	356
2. Regelungssperren des § 36 Abs. 1 S. 2 und S. 3	357
a) Zweck und Wirkung	357
b) Reichweite	358
aa) Tatsächliche Regelung in „überbetrieblichen Regelungen“	359
bb) Übliche Regelung in „überbetrieblichen Regelungen“	359
c) Öffnungsklauseln	360
d) Sonderfall: § 8 MVG-AG	361
IV. Beendigung der Dienstvereinbarung	363
1. Vertragliche Beendigung	363
2. Kündigung der Dienstvereinbarung	363
3. Untergang der Einrichtung und Betriebsübergang auf einen weltlichen oder kirchlichen Erwerber	365
V. Nachwirkung	367
VI. Regelungsabrede	367
1. Begriff und Zulässigkeit	367

2. Rechtswirkung	368
3. Abschluss und denkbare Regelungsgegenstände	368
4. Beendigung und fehlende Nachwirkung	369
VII. Prozessuales	369
1. Streitigkeiten vor den kirchlichen Gerichten für Arbeitssachen	369
2. Individualrechtliche Streitigkeiten	370
§ 36a Einigungsstellen	371
I. Allgemeines	372
II. Einigungsstellenarten	372
III. Bildung der Einigungsstelle	373
1. Bildung aufgrund Vereinbarung	373
2. Bildung auf Antrag	374
a) Einsetzung der Einigungsstelle	375
b) Antragsbefugnis	375
c) Antragsinhalte	375
d) Rechtsschutzinteresse	376
e) Entscheidung des Kirchengerichts	376
aa) Verfahrensablauf	376
bb) Prüfungsumfang	376
cc) Rechtsmittel	377
3. Zusammensetzung der Einigungsstelle	377
a) Mitglieder der Einigungsstelle	377
b) Rechtsstellung der Mitglieder der Einigungsstelle	378
aa) Vorsitzender	378
bb) Beisitzer	378
cc) Bevollmächtigte	379
4. Einigungsstellenverfahren	379
a) Verfahrensgrundsätze	379
aa) Unverzüglichkeit	380
bb) Rechtliches Gehör	380
cc) Mündlichkeit	381
dd) Nichtöffentlichkeit	381
ee) Unmittelbarkeit	382
ff) Amtsermittlung/Untersuchungsgrundsatz	382
gg) Säumnis im Verfahren	383
b) Ablauf des Einigungsstellenverfahrens	383
aa) Unverzüglichkeit der Tagung	383
bb) Beginn des Verfahrens	383
cc) Vorbereitende Handlungen	384
dd) Einigungsstellensitzungen	385
c) Beendigung der Einigungsstelle	392
aa) Beendigung ohne Sachentscheidung	392
bb) Einigung	393
cc) Spruch der Einigungsstelle	393
dd) Prüfungsmaßstab	394
5. Wirkung des Einigungsstellenspruchs	395

6. Gerichtliche Überprüfung des Einigungsstellenspruchs	395
a) Zwischenspruch	395
b) Beendigungsspruch	395
aa) Zuständigkeit	396
bb) Antragsberechtigung	396
cc) Antragsinhalt	396
dd) Umfang der Rechtskontrolle	396
7. Kosten der Einigungsstelle	397
§ 37 Verfahren der Beteiligung der Mitarbeitendenvertretung	398
I. Umfang der Beteiligung	398
1. Grundstruktur	398
2. Abgestufte Beteiligung	398
3. Wirtschaftliche Angelegenheiten	399
II. Reichweite der Beteiligung	399
1. Allgemeines	399
2. Freiwillige Dienstvereinbarungen	400
§ 38 Mitbestimmung	400
I. Struktur	402
II. Kollektive Maßnahme	405
III. Unterrichtungspflicht	405
IV. Fristberechnung	409
V. Fristverkürzung	411
VI. Fristverlängerung	412
VII. Abschluss des Mitbestimmungsverfahrens	413
1. Reaktionsmöglichkeiten der MAV	413
2. Beschlussfassung der MAV	414
3. Zustimmungsverweigerung der MAV	414
4. Erörterung	416
VIII. Anrufung des Kirchengerichts	418
1. Fristen	418
2. Anträge	419
IX. Anrufung der Einigungsstelle	420
1. Struktur	420
2. Das Verfahren der Anrufung der Einigungsstelle	421
X. Vorläufige Regelungen	423
1. Vorläufige Regelungen bei Maßnahmen nach § 40	423
2. Vorläufige Regelungen bei Maßnahmen nach §§ 42, 43	425
XI. Rechtsfolgen der Verletzung des Mitbestimmungsverfahrens	425
1. Kündigung	426
2. Einstellung	427
3. Organisatorische und soziale Angelegenheiten	427
XII. Rechtsschutzmöglichkeiten	427
1. Anspruch auf Unterlassung und Rückgängigmachung	427
a) Anspruchsvoraussetzungen	427
b) Unterlassungsanträge	429

2. Beschwerde nach § 48	430
3. Initiativrecht nach § 47	430
§ 39 Fälle der Mitbestimmung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten	431
I. Allgemeine personelle Angelegenheiten	432
1. Begriff	432
2. Volle Mitbestimmung	432
II. Mitbestimmungstatbestände	433
1. Personalfragebögen	433
a) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	433
b) Rechtliche Grenzen für das Fragerecht des Arbeitgebers ..	434
c) Umfang des Mitbestimmungsrechts	437
2. Beurteilungsgrundsätze	437
3. Aus-, Fort- und Weiterbildung	438
a) Aufstellung von Grundsätzen für Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	439
b) Aufstellung von Grundsätzen für die Teilnehmerauswahl .	439
c) Mitbestimmung bei der Teilnehmerauswahl von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	440
4. Einführung und Grundsätze der Durchführung von Mitarbeitenden-Jahresgesprächen	440
5. Aufstellung von Grundsätzen für die Stellenausschreibung ...	441
§ 40 Fälle der Mitbestimmung in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten	441
I. Allgemeines	444
1. Zweck des Mitbestimmungsrechts	444
2. Form der Mitbestimmung	445
3. Ausschluss von Mitbestimmungsrechten durch Arbeitsvertragsrichtlinien oder Tarifverträge	445
4. Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte durch Arbeitsvertragsrichtlinien oder Tarifverträge	445
5. Erweiterung durch AVR und TV	446
6. Persönlicher Geltungsbereich	447
7. Kollektiver Bezug	447
8. Eil- und Notfälle	447
9. Unverzichtbarkeit der Mitbestimmungsrechte	448
10. Annexkompetenz und Koppelungsgeschäfte	449
11. Mitbestimmungsrechte im Arbeitskampf	449
II. Die einzelnen Mitbestimmungsrechte des § 40	450
1. Bestellung und Abberufung von Vertrauens- und Betriebsärzten und -ärztinnen sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit ..	450
a) Betroffene Funktionen	451
b) Art des Dienstes	452
c) Bestellung	452
d) Abberufung	452

e) Einstellung	452
f) Initiativrecht	453
g) Mitbestimmung bei Abberufung und Beendigung	453
2. Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und gesundheitli- chen Gefahren	453
a) Regelungsbereich	453
b) Umfang des Mitbestimmungsrechts	453
c) Initiativrecht	454
d) Verhütung von Arbeitsunfällen	454
e) Gesundheitliche Gefahren	455
f) BEM	456
g) Zeiterfassungssystem	456
h) Betreuungskonzept	457
3. Sozialeinrichtungen	457
a) Einrichtung	457
b) Bezug zum Beschäftigungsverhältnis	458
c) Gegenstände der Mitbestimmung	459
aa) Errichtung	459
bb) Verwaltung	459
cc) Auflösung	460
4. Arbeitszeit	460
a) Reichweite des Mitbestimmungsrechts	460
aa) Beginn und Ende der Arbeitszeit	460
bb) Umkleidezeiten	462
cc) Besondere Arbeitszeitgestaltung/Corona Tests und Impfungen	462
dd) Änderung der Arbeitszeiten	462
ee) Kollektiver Bezug	462
ff) Überstunden und Kurzarbeit	463
gg) Verteilung auf die Wochentage	463
hh) Pausen	463
ii) Dienstpläne	464
jj) Festlegung der Grundsätze für Dienstpläne	465
kk) Schichtstärke	465
ll) Gefährdungsbeurteilung	465
b) Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte	465
aa) Dienstvereinbarung	466
bb) Regelungsabrede	466
cc) Zustimmung im Einzelfall	466
dd) Einigungsstelle Arbeitszeiten	466
5. Urlaub	466
6. Sozialplan	467
a) Anlass für Sozialplan	468
b) Informationsrecht der MAV	469
c) Pläne für Umschulungen	469
d) Wirtschaftliche Nachteile	469

e) Ausstattung des Sozialplans	470
f) Rechtsnatur des Sozialplans	471
7. Grundsätze der Arbeitsplatzgestaltung	471
a) Arbeitsplatz	471
b) Gestaltung	471
c) Grundsätze	472
d) Regelungsmöglichkeiten	472
8. Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden	473
a) Arbeitsmethode	473
b) Neu	473
c) Gegenstand	474
d) Verhältnis zu § 40 lit. j	474
9. Einführung und Ausgestaltung mobiler Arbeit, die mittels Informations- und Kommunikationstechnik erbracht wird ...	474
a) Mobile Arbeit	474
b) Gegenstand	475
c) Regelungsmöglichkeiten	476
d) Initiativrecht	476
10. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Er- leichterung des Arbeitsablaufs	476
a) Hebung der Arbeitsleistung	476
b) Erleichterung der Arbeitsablaufs	478
c) Verhältnis zu § 40 lit. h	478
d) Umfang des Mitbestimmungsrechts	479
11. Verhaltens- und Leistungskontrolle	479
a) Einführung und Anwendung	480
b) Technische Einrichtungen	481
c) Nicht-technische Maßnahmen	482
d) Individuelle Auswirkungen	483
e) Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben	483
12. Regelung der Ordnung in der Dienststelle (Haus- und Betriebs- ordnungen) und des Verhaltens der Mitarbeitenden im Dienst .	483
a) Gegenstand	483
b) Private Lebensführung	484
c) Einzelfälle	485
13. Planung und Durchführung von Veranstaltungen für die Mit- arbeiterschaft	485
14. Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungen oder sonstigen Zuwendungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht	486
15. Mietwohnungen und Pachtland	487
a) Gegenstand	487
b) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	488
aa) Verschaffung	488
bb) Kündigung	488
cc) Nutzungsbedingungen	488
16. Betriebliches Vorschlagswesen	489

§ 41 Eingeschränkte Mitbestimmung	489
I. Struktur	490
II. Zustimmungsverweigerungsgründe nach § 41 Abs. 1	492
1. Verletzung von Rechtsnormen	492
a) Verstoß gegen Rechtsvorschriften (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 1)	492
aa) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen von Einstellungen	493
bb) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen der Eingruppierung	496
cc) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen von Versetzungen	497
b) Verstoß gegen eine Vertragsbestimmung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 2)	497
c) Verstoß gegen eine Dienstvereinbarung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 3)	498
d) Verstoß gegen eine Verwaltungsanordnung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 4)	498
e) Verstoß gegen andere bindende Bestimmungen (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 5)	498
2. Besorgnis der Benachteiligung (§ 41 Abs. 1 lit. b)	498
a) Benachteiligung betroffener Mitarbeitender	499
b) Benachteiligung anderer Mitarbeitender	499
3. Störung des Friedens in der Dienststelle (§ 41 Abs. 1 lit. c) ...	500
III. Zustimmungsverweigerung bei Kündigung außerhalb der Pro- bezeit (§ 41 Abs. 2)	501
1. Grundsätze	501
2. Verletzung einer Rechtsvorschrift	502
3. Verstoß gegen eine arbeitsrechtliche Regelung, eine andere bindende Bestimmung oder eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung	504
IV. Verfahren	505
1. Zustimmungsersetzungsverfahren	505
2. Verfahrensmöglichkeiten der MAV bei Untätigkeit der Dienststellenleitung in Eingruppierungsstreitigkeiten	506
§ 42 Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegen- heiten der privatrechtlich angestellten Mitarbeitenden	507
I. Anwendungsbereich	508
II. Arbeitnehmereigenschaft	509
III. Beteiligung der Mitarbeitendenvertretung	510
1. Verfahren der Mitbestimmung	510
2. Umfang der Mitbestimmung	510
IV. Einzelfälle der eingeschränkten Mitbestimmung	511
1. Einstellung	511
2. Ordentliche Kündigung nach Ablauf der Probezeit	517
a) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	517
b) Umfang der Mitbestimmung	519

aa) Sonderkündigungsschutz	519
bb) Kündigungsschutz nach dem KSchG	520
c) Anhörung der Mitarbeitendenvertretung	526
3. Eingruppierung	527
4. Übertragung einer höher oder niedriger bewerteten Tätigkeit von mehr als drei Monaten Dauer	532
5. Dauernde Übertragung einer Tätigkeit, die einen Anspruch auf Zahlung einer Zulage auslöst, sowie Widerruf einer solchen Übertragung	534
6. Umsetzung innerhalb einer Dienststelle unter gleichzeitigem Ortswechsel	534
7. Versetzung oder Abordnung zu einer anderen Dienststelle von mehr als drei Monaten Dauer, wobei in diesen Fällen die Mitarbeitendenvertretung der aufnehmenden Dienststelle unbeschadet des Mitberatungsrechts nach § 46 lit. d mitbestimmt	535
8. Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus	537
9. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken	538
10. Untersagung einer Nebentätigkeit sowie Versagung und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit	539
11. Ablehnung eines Antrages auf Ermäßigung der Arbeitszeit oder Beurlaubung	540
§ 43 Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Mitarbeitenden in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen	541
I. Anwendungsbereich	543
II. Einzelfälle der eingeschränkten Mitbestimmung	545
1. Einstellung	545
2. Umwandlung des Kirchenbeamtenverhältnisses in ein solches anderer Art	546
3. Ablehnung eines Antrages auf Ermäßigung der Arbeitszeit oder Beurlaubung in besonderen Fällen	547
4. Verlängerung der Probezeit	548
5. Beförderung	549
6. Übertragung eines anderen Amtes, das mit einer Zulage ausgestattet ist	550
7. Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt ohne Änderung der Amtsbezeichnung oder Übertragung eines anderen Amtes mit gleichem Endgrundgehalt mit Änderung der Amtsbezeichnung	550
8. Zulassung zum Aufstiegsverfahren, Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe	550
9. Dauernde Übertragung eines höher oder niedriger bewerteten Dienstpostens	551

10. Umsetzung innerhalb der Dienststelle bei gleichzeitigem Ortswechsel	552
11. Versetzung, Zuweisung oder Abordnung von mehr als drei Monaten Dauer zu einer anderen Dienststelle oder zu einem anderen Dienstherrn im Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes, wobei in diesen Fällen die Mitarbeitendenvertretung der aufnehmenden Dienststelle unbeschadet des Mitberatungsrechts nach § 46 lit. d mitbestimmt	553
12. Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze	555
13. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken	555
14. Untersagung einer Nebentätigkeit sowie Versagung und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit	556
15. Entlassung aus dem Kirchenbeamtenverhältnis auf Probe oder auf Widerruf, wenn die Entlassung nicht beantragt wurde	557
16. Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand gegen den Willen des Kirchenbeamten oder der Kirchenbeamtin	559
17. Versetzung in den Wartestand oder einstweiligen Ruhestand gegen den Willen des Kirchenbeamten oder der Kirchenbeamtin	560
§ 44 Ausnahmen von der Beteiligung in Personalangelegenheiten	560
I. Ausgenommener Personenkreis	561
II. Umfang der Einschränkung der Beteiligungsrechte	563
§ 45 Mitberatung	563
I. Wesen der Mitberatung	564
II. Der Ablauf des Mitberatungsverfahrens	565
III. Einleitung des Mitberatungsverfahrens	566
IV. Umfang der Unterrichtung	566
V. Fristen	567
1. Frist für die Reaktion der Mitarbeitendenvertretung	567
2. Beginn der Zwei-Wochen-Frist	567
3. Sonderfall außerordentliche Kündigung	568
VI. Verlängerung der Frist auf Antrag	570
VII. Wirkung des Fristablaufs	571
VIII. Antrag auf Erörterung, Abs. 1 S. 2	571
IX. Erörterung	572
X. Folge bei Nichteinigung	573
1. Beendigungserklärung	573
2. Begründungszwang	574
XI. Nichtbeteiligung der Mitarbeitendenvertretung	574
1. Rechtsfolge	574
2. Rechtsschutz	574
3. Entscheidung des Kirchengerichts	576

§ 46 Fälle der Mitberatung	576
I. Gesetzesänderungen	577
II. Mitberatungsrechte	578
1. Auflösung, Einschränkung, Verlegung und Zusammenlegung von Dienststellen oder erheblichen Teilen von ihnen	578
a) Auflösung der Dienststelle	578
b) Einschränkung der Dienststelle	579
c) Verlegung der Dienststelle	581
d) Zusammenlegung von Dienststellen	582
e) Erheblicher Teil der Dienststelle	582
2. Außerordentliche Kündigung	583
a) Wichtiger Grund	583
b) Erklärungsfrist des § 626 Abs. 2 BGB	585
c) Unabdingbarkeit und Umdeutung	586
d) Unkündbare Mitarbeitende	587
e) Unterrichtung der Mitarbeitendenvertretung	588
3. Ordentliche Kündigung innerhalb der Probezeit	590
4. Versetzung und Abordnung von mehr als drei Monaten Dauer, wobei das Mitberatungsrecht hier für die Mitarbeitenden- vertretung der abgebenden Dienststelle besteht	593
5. Aufstellung von Grundsätzen für die Bemessung des Personal- bedarfs	593
6. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen auf Verlan- gen der in Anspruch genommenen Mitarbeitenden	595
a) Privatrechtliche Arbeitsverhältnisse	595
b) Mitwirkung der Mitarbeitendenvertretung	597
c) Gehaltsüberzahlungen	597
7. Dauerhafte Vergabe von Arbeitsbereichen an Dritte, die bis- her von Mitarbeitenden der Dienststelle wahrgenommen werden	598
III. Abweichende gliedkirchliche Regelungen	600
§ 47 Initiativrecht der Mitarbeitendenvertretung	601
I. Einleitung	602
II. Grundsätze	602
III. Art der Angelegenheiten	604
1. Allgemeine personelle Angelegenheiten	604
2. Soziale und organisatorische Angelegenheiten	604
3. Privatrechtliche Personalangelegenheiten	604
4. Öffentlich-rechtliche Dienstnehmer	606
5. Bedeutung für Individualstreitigkeit	606
IV. Antrag der Mitarbeitendenvertretung	606
V. Ablehnung der Initiative	607
VI. Anspruch auf Erörterung bei Mitbestimmungsrechten	607
VII. Erneuter Initiativantrag	608
VIII. Anrufung des Kirchenggerichts	609
1. Regelungsstreitigkeiten	609

2. Fristen	609
3. Inhalt des Antrags	610
IX. Entscheidung des Kirchengerichts	610
X. Ausschluss des kirchengerichtlichen Rechtsschutzes bei Einigungsstellen	612
§ 48 Beschwerderecht der Mitarbeitendenvertretung	613
I. Einleitung	613
II. Anlass für die Beschwerde	614
III. Vorverfahren bei der Dienststelle	615
IV. Form der Beschwerde	615
V. Adressat der Beschwerde	616
VI. Verfahren beim Leitungs- und Aufsichtsorgan	616
VII. Kirchengerichtlicher Rechtsschutz	618
 IX. Abschnitt: Interessenvertretung besonderer Mitarbeitendengruppen	
§ 49 Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden	619
I. Zweck	621
II. Wahl der JAV	621
1. Grundsätzliches und Wahlberechtigung	621
2. Wählbarkeit	622
3. Verfahren	623
III. JAV-Größe und Amtszeit	623
IV. Aufgaben und Arbeitsweise der JAV	624
V. Rechtsstellung der JAV-Mitglieder	625
VI. Übernahme in ein Arbeitsverhältnis	626
1. Grundsätzliches	626
2. Verfahren	627
3. Personenkreis	627
4. Entbindung von der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis	628
VII. Jugend- und Auszubildendenversammlung	628
VIII. Gemeinsame JAV	629
§ 50 Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden	629
I. Grundsätzliches	629
II. Die Schwerbehindertenvertretung	630
III. Wahl der Vertrauensperson der Schwerbehinderten	630
1. Voraussetzungen	630
2. Anzahl Stellvertretungen	631
3. Wahlberechtigung	632
a) Grundsätzliches	632
b) Werkstattmitarbeitende und Rehabilitanden	632
4. Wählbarkeit	633
5. Verfahren	633
6. Amtszeit	634

§ 51 Aufgaben der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden	634
I. Vorbemerkung	635
II. Die Aufgaben der Vertrauensperson der Schwerbehinderten (SBV)	637
1. Überwachung	637
2. Initiativrecht	637
3. Beschwerden/Unterstützung schwerbehinderter Menschen ...	638
III. Beteiligung der SBV	638
1. Informations- und Anhörungsrechte	638
2. Rechtsfolgen einer unterbliebenen Unterrichtung/Anhörung .	640
3. Sonderfall: Kündigung eines schwerbehinderten Beschäftigten	641
4. Teilnahme am Bewerbungsverfahren	642
5. Einsicht in die Personalakten	642
6. Recht an MAV-Sitzungen und anderen Ausschüssen teilzunehmen	642
7. Aussetzung von Beschlüssen der Mitarbeitendenvertretung ..	643
IV. Tätigwerden eines Stellvertreters	644
V. Versammlungen der Schwerbehinderten	644
§ 52 Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden	645
I. Rechtsstellung der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeitenden und ihrer Stellvertretungen	645
II. Freistellung	646
III. Räume und Geschäftsbedarf	648
§ 52a Gesamtschwerbehindertenvertretung	648
I. Vorbemerkung	649
II. Zustandekommen	649
III. Zuständigkeit einschließlich Ersatzfunktion	649
§ 53 Mitwirkung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und in Angelegenheiten weiterer Personengruppen	650
I. Mitwirkung behinderter Menschen in Werkstätten	650
II. Mitwirkung für weitere Gruppen von Beschäftigten	651
 X. Abschnitt: Gesamtausschüsse der Mitarbeitendenvertretungen	
§ 54 Bildung von Gesamtausschüssen	652
I. Begriff und Historie	652
II. Zweck	653
III. Regelungen in den Gliedkirchen	653
IV. Übrige Bestimmungen des MVG-EKD gelten sinngemäß	655
V. Freistellung der Mitglieder des Gesamtausschusses	656
VI. Streitigkeiten	657

§ 55 Aufgaben des Gesamtausschusses	657
I. Zweck	658
II. Aufgaben	658
1. Beratung der Mitarbeitendenvertretungen	658
2. Förderung von Informationsaustausch und Fortbildungen ...	659
3. Arbeits-, dienst- und mitarbeitendenvertretungsrechtliche Fragen grundsätzlicher Bedeutung	659
4. Stellungnahmen	660
5. Mitwirkung bei Bildung der Kirchengerichte	660
6. Mitwirkung an Arbeitsrechtlichen Kommissionen	661
7. Mitbestimmung bei verbindlichen gliedkirchlichen Maßnahmen	661
§ 55a Ständige Konferenz, Bundeskonferenz, Gesamtausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland	662
I. Begriff und Historie	662
II. Mitglieder	663
1. StäKo	663
2. BuKo	663
III. Gesamtausschuss der EKD	663
§ 55b Aufgaben der Ständigen Konferenz und der Bundeskonferenz ...	664
I. Vorbemerkung	664
II. Stellungnahmen zu kirchengesetzlichen Regelungen	664
III. Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches und der Fortbildungsarbeit	665
IV. Beratung und Unterstützung der entsendenden Gremien	665
§ 55c Geschäftsführung	665
I. Vorstand	666
II. Freistellung	666
III. Geschäftsstelle	667
IV. Kosten	667
§ 55d Weitere Regelungen	667
I. Geschäftsordnung	667
II. Dienstreisen	668
III. Geltung der Regelungen des MVG-EKD	668
 XI. Abschnitt: Kirchengerichtlicher Rechtsschutz	
§ 56 Kirchengerichtlicher Rechtsschutz	669
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	669
II. Abgrenzung der Zuständigkeiten der staatlichen und kirchlichen Gerichte	670
III. Gerichtsbarkeit der EKD	671
IV. Kirchengerichtlicher Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem MVG-EKD	672
1. Kirchengerichte erster Instanz	673
2. Kirchengerichtshof der EKD als Beschwerdegericht	675

§ 57 Bildung von Kirchengerichten	676
I. Bildung von Kirchengerichten erster Instanz	676
II. Mehrkammerprinzip	676
III. Öffnungsklausel	677
§ 57a Zuständigkeitsbereich des Kirchengerichts der Evangelischen Kirche in Deutschland	678
I. Sachliche Zuständigkeit	678
II. Zuständigkeitsbereich – der Gerichtsbarkeit des Kirchengerichts der EKD unterliegende Institutionen	678
1. EKD und ihre Amts- und Dienststellen und Einrichtungen (§ 57a lit. a)	679
2. Das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung eV und seine Dienststellen und die ihm unmittelbar angeschlossenen rechtlich selbstständigen Einrichtungen (§ 57a lit. b) ..	679
3. Gliedkirchen der EKD und ihre gliedkirchlichen Zusammenschlüsse (§ 57a lit. c)	680
4. Kirchliche und freikirchliche Einrichtungen, Werke und Dienste im Bereich der EKD (§ 57a lit. d)	680
5. Mitgliedseinrichtungen der gliedkirchlichen DW, die das MVG-EKD aufgrund einer Befreiung von der Anwendung des gliedkirchlichen Mitarbeitervertretungsrechts oder aufgrund von § 1 Abs. 2a anwenden	680
§ 58 Bildung und Zusammensetzung der Kammern	681
I. Vorbemerkung	681
II. Besetzung der Kammern	682
III. Wählbarkeit in kirchliche Ämter	682
IV. Inkompatibilität von Richteramt und Organangehörigkeit (§ 59 Abs. 2)	682
V. Berufung des Vorsitzenden	683
§ 59 Rechtsstellung der Mitglieder des Kirchengerichts	684
I. Richterliche Unabhängigkeit und Gesetzesbindung	684
II. Richterliche Schweigepflicht	685
III. Inkompatibilität von Richteramt und Organstellung	685
IV. Amtszeit	686
V. Entsprechende Geltung von § 19, § 21 und § 22 Abs. 1 S. 1–3 und 5 sowie Abs. 2	686
VI. Persönliche Haftung kirchlicher Richter	687
§ 59a Berufung der Richterinnen und Richter des Kirchengerichtshofes der Evangelischen Kirche in Deutschland	687
I. Vorbemerkung	687
II. Vorsitzende Richter und Richterinnen	688
III. Beisitzende Richter und Richterinnen	688
§ 60 [Zuständigkeit der Kirchengerichte]	689
I. Generalklausel (§ 60 Abs. 1)	690

II. Einleitung des Verfahrens durch Antrag	692
1. Vorbemerkung	692
2. Beteiligte des Verfahrens	693
3. Antragsbefugnis	694
4. Antragsfristen	695
5. Anträge	695
a) Einvernehmensersetzung über die Geltung als Dienststelle	695
b) Dienstvereinbarungen	697
c) Fälle der Mitberatung (§ 46)	698
d) Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung (§§ 42, 43)	698
e) Fälle der uneingeschränkten Mitbestimmung (§§ 39, 40) .	703
f) Nichteinigung über Initiativen der Mitarbeitendenvertre-	
tung (§ 47 Abs. 2)	704
g) Einigungsstelleneinsetzung	706
h) Leistungsanträge	707
i) Feststellungsanträge	708
j) Gestaltungsanträge	709
6. Antragsrücknahme, Antragsänderung, Vergleich, Erledi-	
gungserklärung	709
a) Antragsrücknahme	709
b) Antragsänderung	709
c) Vergleich	710
d) Erledigungserklärung	711
7. Verbindlichkeit des kirchengerichtlichen Beschlusses	711
§ 61 Durchführung des kirchengerichtlichen Verfahrens in erster In-	
stanz	713
I. Antragsfrist	714
II. Prozessvertretung	716
1. Hinzuziehung eines Beistands	716
2. Wegfall der ACK-Klausel	716
3. Kosten des Verfahrensbevollmächtigten der Mitarbeitenden-	
vertretung	716
III. Einigungsgespräch	718
IV. Verfahrensgrundsätze	718
1. Anwendbarkeit der Vorschriften des ArbGG	718
2. Ermittlung der entscheidungserheblichen Tatsachen	718
V. Kammertermin	720
VI. Entscheidung der Kammer	721
VII. Antragszurückweisung durch den Vorsitzenden	723
VIII. Kosten des Verfahrens	724
IX. Einstweiliger Rechtsschutz	725
1. Vorbemerkung	725
2. Verfügungsanspruch	726
3. Verfügungsgrund	726
4. Glaubhaftmachung	726
5. Entscheidung durch die Kammer oder den Vorsitzenden	727

§ 62 Verfahrensordnung	728
I. Vorbemerkung	728
II. Kirchengerichtsgesetz	728
III. Abweichende gliedkirchliche Bestimmungen	729
IV. Vorschriften des ArbGG über das Beschlussverfahren als ergän- zende Verfahrensordnung	729
V. Ausschluss von Zwangsmaßnahmen	730
VI. Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Akte	731
§ 63 Rechtsmittel	732
I. Grundsätze	734
II. Verfahrensbeendende Beschlüsse	735
1. Fristen	735
2. Einlegung	736
3. Beschwerdebefugnis	737
III. Nicht verfahrensbeendende Beschlüsse	737
IV. Annahmegründe	738
1. Ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des erstinstanzlichen Beschlusses	739
2. Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung	739
3. Divergenz	740
4. Verfahrensmängel	741
V. Beschwerdebegründung	741
VI. Verfahren über die Annahme der Beschwerde (§ 63 Abs. 3 und 4)	743
VII. Einstweilige Verfügungen (§ 63 Abs. 5)	743
VIII. Endgültigkeit der Entscheidungen	744
IX. Anwendbarkeit des ArbGG	744
§ 63a Einhaltung auferlegter Verpflichtungen, Ordnungsgeld	745
I. Grundsätze	745
II. Ordnungsgeld	746

XII. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 64 Übernahmebestimmungen	748
---	-----

Wahlordnung zum Kirchengesetz über Mitarbeitendenvertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland

Schematische Übersicht zum zeitlichen Ablauf des Wahlverfahrens	751
§ 1 Durchführung der Wahl, Zusammensetzung des Wahlvorstandes	751
I. „Normales“ und vereinfachtes Wahlverfahren	752
II. Wahlvorstand	752
III. Voraussetzungen für Mitglieder des Wahlvorstandes	753
IV. Ersatzmitglieder des Wahlvorstandes	755
V. Unterstützung des Wahlvorstandes	756

§ 2 Einleitung des Wahlverfahrens, Bildung und Abberufung des Wahlvorstandes	757
I. Einleitung des Wahlverfahrens	757
II. Zeitpunkt der Berufung des Wahlvorstandes	758
III. Berufung des Wahlvorstandes	758
IV. Ausschluss von Mitgliedern des Wahlvorstandes oder Auflösung des Wahlvorstandes	758
V. Schutz der Mitglieder des Wahlvorstandes	759
VI. Schulungsanspruch	760
VII. Kosten	760
§ 3 Geschäftsführung des Wahlvorstandes	760
I. Erste Sitzung des Wahlvorstandes	760
II. Beschlüsse des Wahlvorstandes	761
III. Verhinderung eines Wahlvorstandsmitglieds	761
IV. Stimmengleichheit	762
V. Niederschriften und Umlaufverfahren	762
VI. Handlungen des Wahlvorstandes	763
§ 4 Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren	764
I. Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren	764
II. Bekanntgabe der Listen	765
III. Einsprüche	766
IV. Abgrenzung zum Wahlausschreiben	767
V. Verstöße	767
§ 5 Wahltermin und Wahlausschreiben	767
I. Festsetzung des Wahltermins	768
II. Bekanntgabe des Wahlausschreibens	768
III. Art der Bekanntgabe des Wahlausschreibens	768
IV. Inhalt des Wahlausschreibens	769
V. Verstöße	771
§ 6 Wahlvorschläge	771
I. Einreichung von Wahlvorschlägen	771
II. Prüfung der Wahlvorschläge	772
III. Unverzügliche Prüfung und Mitteilung von Beanstandungen	773
IV. Einverständnis des Vorgeschlagenen	773
V. Dokumentation des Einverständnisses	774
VI. Angemessene Berücksichtigung von Männern und Frauen	774
VII. Rücknahme von Wahlvorschlägen	775
§ 7 Gesamtvorschlag und Stimmzettel	775
I. Gesamtvorschlag	776
II. Bekanntgabe des Gesamtvorschlags	776
III. Stimmzettel	776

§ 8 Durchführung der Wahl	777
I. Persönliche Stimmabgabe in Anwesenheit von Wahlvorstands- mitgliedern	777
II. Vermerken der Stimmabgabe	778
III. Leere Wahlurne vor Beginn	779
IV. Verschluss der Wahlurnen	779
V. Abgabe des Stimmzettels	780
VI. Mehrere Stimmbezirke	781
VII. „Wandern“ der Wahlurne	782
VIII. Stimmenanzahl	782
IX. Geheime Wahl	782
X. Hilfeleistung bei Stimmabgabe	782
XI. Dauer der Wahlhandlung	783
XII. Wahlhelferinnen und -helfer	783
§ 9 Stimmabgabe durch Briefwahl	783
I. Briefwahl als Ausnahme	784
II. Bestimmung durch Wahlvorstand	784
III. Antrag des Wahlberechtigten	785
IV. Frist und Vertretung bei Antrag auf Briefwahl	786
V. Ablehnung des Antrages	786
VI. Rechtzeitiger Eingang der Briefwahl-Stimmen	786
VII. Gültigkeit des Stimmzettels	787
VIII. Aufbewahrung der Wahlbriefe	787
§ 10 Feststellung des Wahlergebnisses	788
I. Unverzügliche und öffentliche Auszählung der Stimmen	788
II. Reihenfolge der Vorgesetzten	789
III. Losentscheid bei gleicher Stimmenanzahl	789
IV. Ungültigkeit von Stimmzetteln	790
V. Gründe für ungültige Stimmzettel	790
§ 11 Bekanntgabe des Wahlergebnisses	791
I. Unverzügliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses	791
II. Konkludente Annahme der Wahl	792
III. Ablehnung der Wahl	792
§ 12 Vereinfachte Wahl	793
I. Vereinfachtes Wahlverfahren für Dienststellen mit nicht mehr als 100 Wahlberechtigten	793
II. Größe der Dienststelle in der Regel	794
III. Abweichender Beschluss	795
IV. Einberufung der Versammlung	795
V. Wahl des Versammlungsleiters oder der -leiterin	796
VI. Voraussetzungen an Versammlungsleiter	796
VII. Wahlvorschläge	797
VIII. Durchführung der Wahl	798

Inhaltsverzeichnis

IX. Auszählung der Stimmen	798
X. Wahlergebnis	798
§ 13 Wahlunterlagen	799
I. Fünfjährige Aufbewahrung	799
II. Sämtliche Wahlunterlagen	799
§ 14 Wahl der Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden .	800
I. Leitung durch Wahlvorstand	800
II. Wahlordnung sinngemäß	801
III. Wahlvorschläge	801
IV. Stimmenanzahl	802
§ 15 Wahl der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiten-	802
den	802
I. Fünf Schwerbehinderte oder Schwerbehinderten Gleichgestellte .	803
II. Wahlberechtigung	803
III. Wahlvorschläge	803
IV. Wählbarkeit	804
V. Konstitutive Briefwahl	804
VI. Wahllisten	804
VII. Kein vereinfachtes Wahlverfahren	804
VIII. Entsprechende Geltung der Vorschriften über die Wahl der Mit-	
arbeitendenvertretung	805
§ 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	805
Anhang	
Diakonie-Werkstättenmitwirkungsverordnung (DWMV)	807
Stichwortverzeichnis	831